

JU

JUNGE UNION
BADEN-WÜRTTEMBERG

WWW.JU-BW.DE

Aufbruch

in die

Zukunft

für die CDU, für Deutschland, für Europa.

Deutschland im Herzen Europas

Beschluss des 45. ordentlichen Landtags
der Jungen Union Baden-Württemberg
am 5. November 2016 in Löffingen



Inhaltsverzeichnis

Deutschland im Herzen Europas	4
Deutschland ein Jahr vor der Wahl	4
Nationale Reformanstrengungen verstärken und nationale Herausforderungen angehen	4
Gesellschaftlicher und demographischer Wandel.....	4
Die Familie als Fundament unserer Gesellschaft	5
Einwanderung, Migration und Integration	6
Wirtschaftlich starkes Deutschland – mehr Innovation und Investition	8
Deutschland im digitalen Wandel	10
Das Europa von morgen.....	12
Eine zukunftsfähige Europäische Union.....	12
Wirtschafts- und Währungspolitik	13
Internationale Krisen bewältigen, mehr Verantwortung übernehmen	15
Asyl- und Migrationspolitik	15
Entwicklungshilfe	16
Außenpolitik.....	16
Sicherheit und Verteidigung	17

Deutschland im Herzen Europas

Deutschland ein Jahr vor der Wahl

Die Welt ist unruhiger geworden. In Zeiten von Flucht und Vertreibung und eines stetig steigenden globalen Wettbewerbs gilt es jetzt, die richtigen Entscheidungen bei Zuwanderung und Integration, Förderung von Familien und Kindern sowie bei Digitalisierung und Wirtschaft zu treffen, um Deutschland im internationalen Wettbewerb auf Kurs zu halten.

Nur die Union kann diese Probleme lösen. Weder eine rot-rot-grüne Koalition von links noch Populisten rechts von CDU und CSU bieten echte Lösungen für die großen Herausforderungen unserer Zeit. Das heißt für uns: Wir können uns nicht drücken, sondern müssen konstruktiv an der Zukunft Deutschlands und Europas arbeiten. Hierzu wollen wir in diesem Papier in zentralen Politikfeldern die ersten Schritte aufzeigen.

In einem knappen Jahr ist Bundestagswahl. Die CDU hat in den letzten Monaten einige Landtagswahlen verloren. Es ist wichtig, dass wir jetzt deutlich machen, wofür wir stehen, warum Deutschland dank der CDU besser dasteht, aber auch, wie wir die Probleme angehen werden, die sich uns heute stellen.

Nationale Reformanstrengungen verstärken und nationale Herausforderungen angehen

Gesellschaftlicher und demographischer Wandel

Der demographische Wandel stellt unser Land vor enorme Herausforderungen. Die Deutschen bekommen – trotz einer langsamen Trendwende – nach wie vor zu wenige Kinder und werden gleichzeitig immer älter. Sollen auch künftige Generationen noch auskömmlich leben können und politische Gestaltungsspielräume haben, so muss die Politik dieser Entwicklung entschieden entgegensteuern. Wir als Junge Union fordern daher, dass sich die Lebensarbeitszeit an der allgemeinen Lebenserwartung orientiert. Zwar können ein Dachdecker, ein Maurer oder eine Krankenschwester häufig nicht bis zum allgemeinen Renteneintrittsalter arbeiten und bedürfen daher einer Sonderregelung. Klar ist aber auch: Nicht jede Ärztin, jeder Bürokaufmann und jede Lehrerin ist mit 65 berufsunfähig. Populistische Wahlgeschenke wie die Rente mit 63 lehnen wir deshalb entschieden ab. Viel stärker als bislang muss zudem die Familie in den Mittelpunkt der Politik rücken. Familien sind die Keimzelle der Gesellschaft und das Fundament unseres Generationenvertrags. Wir fordern deshalb mittelfristig, neben dem weiterhin bestehenden Ehegattensplitting, die Einführung eines Familiensplittings, um Familien mit Kindern steuerlich zu entlasten und ihren Beitrag zum Fortbestand unseres Gemeinwesens zu würdigen. Im Gegenzug

sollen Kinderlose stärker als bislang zur Finanzierung der sozialen Sicherungssysteme herangezogen werden. Denn gleich ob gewollt oder ungewollt kinderlos: Wer keine Kinder großzieht, hat verglichen mit Familien mit Kindern deutlich geringere Ausgaben und sollte sich deshalb in angemessenem Umfang stärker an den Kosten des Älterwerdens beteiligen.

Die Familie als Fundament unserer Gesellschaft

Die Familie ist für uns Ausgangspunkt all unseres politischen Handelns und stellt das Fundament unserer Gesellschaft dar. Familie gibt Schutz und Geborgenheit, Haltung und Kraft. Familie ist für uns eine Partnerschaft von Menschen, die sich lieben und Verantwortung füreinander übernehmen. Die Familie ist für uns daher besonders schützenswert und förderungswürdig.

Unser familienpolitisches Bild ist vor allen Dingen geprägt von einer Partnerschaft zwischen Mann und Frau, aus welcher Kinder hervorgehen. Darüber hinaus respektieren wir jede private Partnerschaft, die zwei Menschen aus Verantwortungsbewusstsein füreinander eingehen. Die Gender-Ideologie lehnen wir ab.

Eine Gesellschaft misst sich daran, wie sie mit den Schwächsten umgeht. In diesem Zusammenhang ist der Schutz des ungeborenen Lebens für uns von enormer Bedeutung. Daher fordern wir eine Verbesserung von Betreuungs- und Beratungsangeboten für werdende Eltern, die mit der Situation einer Schwangerschaft überfordert sind.

Baden-Württemberg muss Kinderland bleiben! Daher begrüßen wir die Einführung des Kinderbildungspasses durch die grün-schwarze Koalition. Doch auch das Betreuungsgeld war vor allem in Baden-Württemberg ein voller Erfolg. Es ist für uns ein elementarer Bestandteil der Wahlfreiheit der Eltern. Aufgrund des Urteils des Bundesverfassungsgerichtes sehen wir nun das Land in der Pflicht, ein einkommensunabhängiges Betreuungsgeld einzuführen. Mittelfristig streben wir hier eine Höhe von mindestens 600 € monatlich an. Künftige Zuwächse beim Kindergeld sollen zudem kinderreichen Familien überproportional zugutekommen. Dasselbe gilt für steuerliche Freibeträge sowie bei der Berechnung von Sozialversicherungsbeiträgen.

Für uns steht die bessere Vereinbarkeit von Familie und Beruf im Fokus. In diesem Sinne muss auch das Betreuungsangebot der örtlichen Nachfrage entsprechend ausgebaut werden. Doch Politik und Staat können nur die richtigen Rahmenbedingungen schaffen. Jede Familie muss ein echtes Wahlrecht haben, ob und wie sie ihr Kind betreuen lässt. Die Eltern sind nach wie vor für die Erziehung der Kinder verantwortlich. Der Staat darf diese nicht ersetzen, sondern soll lediglich unterstützend wirken oder dort eingreifen, wo Eltern ihrer Pflicht nicht ausreichend zum Wohle des Kindes nachkommen.

Jede Familie braucht ein Zuhause. Es war stets unsere Überzeugung, dass die Eigentumsquote in Baden-Württemberg höher sein soll als anderswo. Gerade junge Familien brauchen dabei mehr

Unterstützung. Die Grunderwerbssteuer soll daher bei Grunderwerb für den Eigenbedarf wieder auf 3,5 % gesenkt werden. Ebenso soll die Eigenheimzulage des Bundes wieder eingeführt werden.

Einwanderung, Migration und Integration

Um dem demographischen Wandel zu begegnen, benötigt Deutschland koordinierte und qualifizierte Einwanderung. Anstelle der bisherigen unsachgemäßen Vermischung von Flüchtlings- und Einwanderungspolitik fordern wir deshalb die Einführung einer Einwanderungssteuerung nach kanadischem und australischem Vorbild. Diese muss sich an strengen Leistungskriterien und dem Bedarf der deutschen Wirtschaft orientieren. Wir begrüßen daher das Pilotprojekt „PuMa“ des Bundesministeriums für Arbeit und der Bundesagentur für Arbeit, das im Oktober 2016 in Baden-Württemberg gestartet ist.

Nicht jede Form der Einwanderung führt gleichermaßen zu gelungener Integration. Dies haben die Erfahrungen der vergangenen Jahrzehnte deutlich gezeigt. In vielen deutschen Städten haben sich Parallelgesellschaften etabliert. Hier ist der deutsche Rechtsstaat gefragt, Fehlentwicklungen mit der gebotenen Entschiedenheit entgegenzutreten. Wir sagen mit aller Deutlichkeit: In Deutschland gilt Religionsfreiheit. Ebenso deutlich sagen wir aber: Wir wollen in Deutschland weder Scharia-Polizei noch Vollverschleierung. Zugleich wollen wir zur Vermeidung zukünftiger Integrationsprobleme vorrangig Einwanderung aus unserem Kulturkreis ermöglichen.

Integration erfordert, dass die in unser Land gekommenen Menschen sich voll und ganz auf unsere Gesellschaft einlassen. Aus diesem Grunde befremdet es uns zutiefst, wenn Menschen, die seit vielen Jahren friedlich mit uns leben, auf unseren Straßen einem autokratischen Herrscher wie Erdoğan zujubeln. Wir möchten deshalb die unangemessene Einflussnahme ausländischer Regierungen auf ihre hier lebenden Landsleute wie etwa durch die DITIB unterbinden. Die Finanzierung von Religionsgemeinschaften aus dem Ausland soll nur nach Prüfung durch die Behörden zulässig sein. Darüberhinaus fordern wir das Land sowie alle Städte und Gemeinden des Landes Baden-Württemberg dazu auf, jegliche Zusammenarbeit mit DITIB zu beenden.

Ein gutes Zusammenleben in der Gesellschaft benötigt klare Regeln und deren konsequente Umsetzung. Mit Sorge betrachten wir, dass die Hemmschwelle zu Gewaltdelikten scheinbar zunehmend nachlässt. Wir fordern daher eine Reform des Strafrechts dahingehend, das Strafmaß bei Gewaltdelikten deutlich anzuheben. Soweit dies im Einzelfall systemgerecht und sinnvoll ist, sollte darauf geachtet werden, nicht nur die Höchst-, sondern auch die Mindeststrafen zu erhöhen. Dies ist vor allem im Sinne des Opferschutzes dringend notwendig. Ebenfalls ist das Aufenthaltsgesetz dahingehend zu ändern, dass bereits jede rechtskräftige Verurteilung eines deutschen Gerichtes in einem Strafverfahren einen unbedingten Abschiebegrund darstellt, unabhängig von der Höhe der Strafe. Des Weiteren fordern wir, dass die Anwendung des Abkommens vom 28. Juli 1951

über die Rechtsstellung von Flüchtlingen dahingehend geändert wird, dass eine unmittelbare Bedrohungslage vorliegen muss, um eine gerechtfertigte Abschiebung zu verhindern.

Wirtschaftlich starkes Deutschland – mehr Innovation und Investition

Die deutsche Wirtschaft läuft rund. Die Arbeitslosigkeit ist auf dem niedrigsten Stand seit 25 Jahren. Immer mehr Menschen haben einen Arbeitsplatz und die Unternehmen suchen weiter neue Mitarbeiter. In Zahlen bedeutet dies:

- Mehr als 43,7 Millionen Beschäftigte
- Arbeitslosigkeit 5,9 Prozent (2005: 12,1 Prozent)
- Derzeit fast 700 000 offene Stellen

Die wirtschaftliche Situation Deutschlands hat sich also seit 2005 wesentlich verbessert. Das spüren die Menschen und das schlägt sich auch in einer stärkeren Binnenkonjunktur nieder.

Die Junge Union Baden-Württemberg bekennt sich zur sozialen Marktwirtschaft. Die Grundidee Ludwig Erhards, die Freiheit aller, die als Anbieter oder Nachfrager am Markt teilnehmen, zu schützen und gleichzeitig für sozialen Ausgleich zu sorgen, hat auch heute nicht an Bedeutung verloren. Die soziale Marktwirtschaft ist ein Grundpfeiler unserer freiheitlichen Gesellschaft, da sie wirtschaftlichen Wohlstand ermöglicht und gleichzeitig den sozialen Zusammenhalt sichert. Ein freiheitliches Wirtschaftssystem, basierend auf der Eigenverantwortung der Akteure in Kombination mit einem System der sozialen Absicherung, das Härten abfedert und Ausgleich ermöglicht, soll daher auch in Zukunft den wirtschaftlichen Erfolg und gesellschaftlichen Zusammenhalt in Deutschland sichern. Die soziale Marktwirtschaft mit ihren Grundsätzen von Freiheit und Ausgleich ist damit zutiefst christdemokratisch. Wir wollen daher, dass die CDU und die Junge Union auch weiterhin die Partei der sozialen Marktwirtschaft bleiben. Umso mehr müssen wir auf aktuelle Fragen des Wirtschafts- und Sozialsystems in Baden-Württemberg und Deutschland neue Antworten finden. Das Bekenntnis zur sozialen Marktwirtschaft und deren Grundsätzen liefert eine Richtschnur, Antworten auf aktuelle Fragen und Probleme zu finden. Grundpfeiler der sozialen Marktwirtschaft ist dabei die Eigenverantwortung der handelnden Personen. Dies bedeutet zunächst den Vorrang der Eigenverantwortung vor staatlichen Eingriffen für Konsumenten, beispielsweise bei Fragen des Verbraucherschutzes oder der sozialen Absicherung. Der Grundsatz der Eigenverantwortung impliziert jedoch auch eine konsequente Anwendung des Haftungsprinzips, für das sich die Junge Union Baden-Württemberg ausspricht.

Die wirtschaftspolitischen Debatten der letzten Monate und Jahre waren vor allem von Diskussionen über Verteilungsfragen bei Steuern, Rente, Gesundheit und Pflege geprägt. Ohne Zweifel sind diese Fragen wichtig. Jedoch sind bei all den Verteilungsfragen die Fragen nach und die Debatten um das Erwirtschaften und die Wettbewerbsfähigkeit Deutschlands und Baden-Württembergs immer mehr in den Hintergrund geraten. Klar ist aber: Verteilt werden kann nur das, was erwirtschaftet wurde. Darum sprechen wir uns dafür aus, den Fokus der politischen Debatten

wieder zunächst auf die Frage des Erwirtschaftens und erst danach auf die Frage des Verteilens zu richten.

Es gibt zahlreiche Gründe, weshalb sich Unternehmen in Deutschland ansiedeln. Einer dieser Gründe sind die steuerlichen Rahmenbedingungen. Ob Deutschland für Unternehmen einen guten Investitionsstandort darstellt, hängt entscheidend von diesen Rahmenbedingungen ab. Darüber hinaus entscheiden sie über die Liquidität von Unternehmen, den Aufbau von Eigenkapital und die damit verbundenen neuen Investitionen. Unser Steuersystem muss daher weiterentwickelt werden, um auch in Zukunft den einzigartigen Unternehmensmix in Deutschland – viele kleine und mittelständische Unternehmen, zahlreiche auch weltweit aktive Familienunternehmen und Großkonzerne – weiterzuentwickeln. Ein wettbewerbsfähiges Steuersystem ist aus diesem Grund elementar für die Zukunftsfähigkeit Deutschlands. Wir fordern daher die punktuelle Senkung der Steuersätze und Erhöhung der Freibeträge für Unternehmen.

Ziel muss es aus unserer Sicht sein, das deutsche Steuersystem wieder zu vereinfachen. Es wurden in den vergangenen Jahren und Jahrzehnten zahlreiche Ausnahmen geschaffen, die in ihrer Summe nicht mehr nachvollziehbar sind und von Vielen nicht mehr verstanden werden. Wir fordern daher die Vereinfachung des deutschen Steuersystems in seiner Gesamtheit. Die Steuersätze sind zu senken, Freibeträge sind anzuheben – finanziert wird dies durch die Streichung einer Vielzahl von Ausnahmen und damit verbundenen Dokumentationspflichten. Einzelregelungen sollen durch allgemeine und einfache Regelungen ersetzt werden. Dieser Schritt wird vermutlich radikal sein, sorgt jedoch für eine Freisetzung von neuen Kräften und Gestaltungsmöglichkeiten.

Kein Schwarzwaldtal ohne Weltmarktführer: So lässt sich die Wirtschaftsstruktur unserer Region treffend beschreiben. Das Rückgrat unserer Wirtschaft sind dabei die mittelständischen Unternehmer, die durch ihre Innovationskraft und ihre lokale Verantwortung für Unternehmen, Region und Belegschaft nachhaltigen und zukunftssicheren Wohlstand schaffen und erhalten. Oberste Aufgabe der Wirtschaftspolitik für Baden-Württemberg muss es daher sein, diese dezentrale mittelständische Struktur zu fördern und zu erhalten. Das beginnt mit unkomplizierten Verwaltungslösungen auf kommunaler Ebene, einer weitsichtigen Struktur- und Infrastrukturpolitik in Land und Bund und Entbürokratisierung auf allen Ebenen – vom örtlichen Rathaus bis nach Europa. Ein starker und dezentraler Mittelstand benötigt daneben erstklassige Infrastruktur in allen Teilen Baden-Württembergs.

Ob Automobilindustrie, Medizintechnik, Maschinenbau oder Elektrotechnik, Baden-Württemberg ist wirtschaftlich Weltspitze. Baden-Württemberg belegt europaweit regelmäßig einen der obersten Plätze bei der niedrigsten Arbeitslosigkeit. Die geografische Lage zwischen Frankreich und der Schweiz bedeutet dabei in Zeiten freien Warenverkehrs und schwindender Binnengrenzen wachsende Standortvorteile. Diese Vorteile müssen erkannt und genutzt werden. Daher fordern wir, die wirtschaftliche Kooperation an Hoch- und Oberrhein weiter auszubauen.

Unser Ziel muss sein, nach den Warenmärkten, bis 2025 auch einen vollständig integrierten Arbeitsmarkt zwischen den drei Ländern zu schaffen. Es ist nicht nachvollziehbar, wenn auf deutscher Seite eine Jugendarbeitslosigkeit von unter 2 % existiert und Fachkräftemangel herrscht, während im Elsass die Arbeitslosigkeit bedeutend höher ist, Menschen händeringend nach Arbeit suchen und die Jugendarbeitslosigkeit bei über 20 % liegt.

Wir wollen, dass Baden-Württemberg zu einer der Gründer- und Start-up-Regionen in Deutschland wird. Dafür muss der Weg zur Unternehmensgründung erleichtert werden. Dies beginnt bei einem Abbau bürokratischer Anforderungen, die die Gründung von Unternehmen verkomplizieren. Da der ländliche Raum strukturell nur bedingt mit Ballungszentren mithalten kann, müssen für Gründer in Baden-Württemberg andere Anreize gesetzt werden. Wir fordern daher die Einrichtung von landesweit flächendeckenden Gründerzentren in allen Landkreisen, die Gründern vergünstigte Büroräume mit modernster Infrastruktur zur Verfügung stellen, unkompliziert und unbürokratisch bei der Beantragung von Fördermitteln unterstützen, alle Verwaltungsvorgänge abwickeln und als Ansprechpartner zur Verfügung stehen. Auch finanziell kann Baden-Württemberg um Gründer werben: Wir fordern daher Gewerbesteuer-Pauschalbeträge für Gründer und eine Befreiung von der Gewerbesteuer im ersten Jahr nach der Gründung.

Auch die Gründungsfinanzierung muss verbessert werden: die Finanzierungsmöglichkeiten der L-Bank können dafür ein gutes Beispiel liefern, wie auch regionale Banken Gründungen ermöglichen könnten.

Ein Schlüssel für diese wirtschaftliche Stärke und damit den Wohlstand unseres Landes sind Innovationen. Wir dürfen uns aber nicht auf dem Erreichten ausruhen, denn Stillstand heißt Rückschritt – gerade in einer Weltwirtschaft, deren Innovationszyklen durch den digitalen Wandel immer kürzer werden. Aus diesem Grund brauchen wir noch größere Anstrengungen von Politik und Wirtschaft, damit Deutschland auch in Zukunft seine wirtschaftliche Stärke behält.

Die Junge Union Baden-Württemberg fordert deshalb eine bessere und unbürokratischere Förderung von Investitionen und Innovationen. Wir benötigen eine steuerliche Forschungsförderung, die es Unternehmen ermöglicht, ohne großen Bürokratieaufwand mehr in Forschung und Entwicklung gerade von Industrie-4.0-Anwendungen zu investieren. Ergänzend hierzu braucht es eine marktnähere Projektförderung, um Innovationen noch schneller in den Markt zu bekommen. Gegebenenfalls sind die EU-Beihilfekriterien den aktuellen Entwicklungen anzupassen.

Deutschland im digitalen Wandel

Die Digitalisierung ist ein echtes Zukunftsfeld. Sie bietet große Chancen, unseren Wohlstand und die Lebensqualität zu steigern und Deutschlands Zukunftsfähigkeit zu sichern. Hier kann und muss die CDU beweisen, dass sie die Wirtschaftspartei ist; hier kann sie beweisen, dass sie eine moderne Partei ist; hier kann sie beweisen, dass die CDU die Zukunft gestaltet und Baden-Württemberg und

Deutschland nach vorne bringt. Die Digitalisierung als Megathema muss für die CDU daher zum zentralen Projekt der kommenden Legislaturperiode gemacht werden.

Es wird darum gehen, die notwendige Infrastruktur schnellstmöglich bereitzustellen: Glasfaser, LTE und bald auch 5G müssen in der Fläche verfügbar sein. Durch die Abschaffung der überkommenen Störerhaftung werden in Zukunft noch stärker als bisher freie WLAN-Zugänge installiert werden. Es wird in diesem Prozess jetzt darum gehen, die Akteure zu vernetzen. Es wird darum gehen, Trends frühzeitig zu erkennen und für den heimischen Mittelstand zu erschließen. Es wird darum gehen, die akademische Bildung, die berufliche Ausbildung und die schulische Bildung auf die digitale Welt anzupassen: Programmieren lernen und arbeiten in der Bildungscloud müssen Standard an den Schulen werden; Innovationslabore und erleichterte Ausgründungen an den Hochschulen sollen Deutschland und Baden-Württemberg dynamischer machen.

IT- und Datensicherheit muss deutlich höher priorisiert werden. Insbesondere durch das „Internet der Dinge“ (Internet of Things, IoT) steigt die Zahl der Geräte, die ans Netz angeschlossen sind, exponentiell an. Wenn sich schon heute „intelligente“ Türschlösser von Unbefugten öffnen lassen, Überwachungskameras zu Botnetzen zusammenschlossen werden oder sogar Autos ferngesteuert werden können, zeigt dies allerdings, dass dabei die Anforderungen an die Sicherheit nicht vernachlässigt werden dürfen. Ebenso stellen Big Data und die Datenerhebung durch IoT-Geräte neue Anforderungen an Datenschutz und Datensicherheit. Hier muss es uns gelingen, einerseits das Datenschutzrecht so weiterzuentwickeln, dass es nicht als Innovationsbremse wirkt und die von den Nutzern gewollte Datenverarbeitung verhindert. Andererseits muss dafür gesorgt werden, dass es für Unternehmen nie lohnenswert erscheint, fahrlässig mit den ihnen anvertrauten Daten umzugehen.

Wir müssen die Menschen auf dem Weg in die digitale Zukunft mitnehmen. Unser Alltag wird anders werden, aber auch bequemer sein. Die Arbeitsplätze der Zukunft werden anders werden, aber auch flexibler sein. Die Mobilität wird anders werden, aber auch sicherer und nachhaltiger sein. Die Verwaltung wird anders werden, aber auch einfacher und schneller sein. Es wird deshalb gerade auch für die Politik darum gehen, die Chancen dieser Entwicklung herauszustellen, ohne die Risiken aus dem Blick zu verlieren. Für uns als Christdemokraten gilt auch in der digitalisierten Welt der Grundsatz der christlichen Gesellschaftslehre: Ursprung, Ziel und Zentrum allen Wirtschaftens ist der Mensch.

Damit Deutschland die Chancen der Digitalisierung nutzen kann, braucht es

- **die Fortführung der Digitalen Agenda 2014 – 2017 der Bundesregierung durch eine Digitale Agenda 2021.** Über Online-Module soll es interessierten Bürgern zudem ermöglicht werden, Ideen einzureichen und sich am Erstellungsprozess zu beteiligen.
- **einen eigenen Staatsminister für Digitalisierung im Bundeskanzleramt,** der die einzelnen Maßnahmen ressortübergreifend erarbeitet und umsetzt.

- **bessere digitale Infrastruktur** in ländlichen Regionen durch einen verstärkten Breitbandausbau und bessere LTE-Abdeckung.

Das Verständnis für Digitalisierung muss gestärkt werden. Es braucht einen öffentlichen Erklärungsprozess, welche Maßnahmen zu welchem Zweck benötigt werden. Die Anzahl der Messsysteme und Sensoren wird steigen, damit die nötigen Informationen gesammelt und verarbeitet werden können. Jede digitale Maßnahme muss den Bürgern erkennbaren Nutzen bringen, zum Beispiel durch bessere Ausnutzung der Verkehrsinfrastruktur, bessere Gestaltung des demographischen Wandels, bessere Arbeitsbedingungen und vieles mehr. Dies muss Teil der digitalen Agenda sein.

Das Europa von morgen

Europa steht vor großen Herausforderungen. Europa ist mehr als eine Zweckgemeinschaft: Europa ist eine Wertegemeinschaft. Doch schon innerhalb dieser Wertegemeinschaft gelten anscheinend unterschiedliche Werte. Deutschland, Spanien, Ungarn, Rumänien oder Frankreich: Sie alle sind Teil dieser Union. Sie alle wollen in Frieden und Freiheit miteinander leben. Doch sie alle geben unterschiedliche Antworten auf die Fragen unserer Zeit. Europa muss in zentralen Fragen wieder einheitlich auftreten. Daher ist es heute wichtiger denn je aufzuzeigen, warum es sinnvoll ist, sich für ein starkes gemeinsames Europa einzusetzen und dort Position zu beziehen, wo wir unser Europa und unsere EU noch attraktiver gestalten können.

Eine zukunftsfähige Europäische Union

Ein attraktives Europa kümmert sich nicht um alles, sondern lässt auch regionale Unterschiede zu. Schon aus unserem Grundverständnis der Subsidiarität heraus leitet sich ab, dass grundsätzlich die jeweils kleinstmögliche Einheit für eine Aufgabe zuständig sein soll. Gerade das Mehrebenensystem der EU eignet sich dafür gut. Jede Zuständigkeitsebene – die europäische, die nationale, die regionale und die kommunale – soll ihre Befugnisse entsprechend ihrer jeweiligen gesetzlich bestimmten Verantwortung wahrnehmen. Das Bewusstsein für subsidiäre Strukturen muss auch in eher zentralistisch organisierten Nationalstaaten und in der europäischen Politik wachsen.

Vertiefung statt Erweiterung. Für die Junge Union Baden-Württemberg hat die Stabilisierung unserer gegenwärtigen europäischen Wertegemeinschaft absoluten Vorrang vor einer weiteren Erweiterung. Darüber hinaus ist es uns ein Anliegen, zu betonen, dass Menschenrechte universell, unteilbar und unveräußerlich sind. Sie müssen deshalb von jedem Mitgliedsland und jedem Beitrittskandidaten vollumfänglich beachtet werden. Nicht nur, aber auch deswegen ist für uns ein Beitritt der Türkei in die EU ausgeschlossen. Stärkere Kooperationen in den Bereichen Wirtschaft,

Verkehr, Bildung, Außenpolitik und Verteidigung vor allem innerhalb der EU, aber auch mit den Anrainerstaaten der EU begrüßt die Junge Union ausdrücklich.

Neustart für die Europäische Union nach dem Brexit. Die Entscheidung der Bevölkerung Großbritanniens, aus der Europäischen Union auszutreten, ist ein tiefgreifender Einschnitt in der Geschichte der Europäischen Union und muss für deren führende Repräsentanten endlich als deutliches Signal verstanden werden. Ein „Weiter so“ darf es nicht geben. Die Junge Union Baden-Württemberg steht nach wie vor zur europäischen Integration, erwartet jedoch in den kommenden Jahren Reformanstrengungen, um die Akzeptanz der Europäischen Union in der gesamten europäischen Bevölkerung zu verbessern. Wir brauchen eine neue, für unsere Generation überzeugende Erzählung, weshalb es besser ist, in einer integrierten Europäischen Union zu leben. Für die Brexit-Verhandlungen erwarten wir von den Verhandlungsführern eine klare Haltung. Den Europäischen Binnenmarkt darf es für ein Großbritannien außerhalb der Europäischen Union ohne die Arbeitnehmerfreizügigkeit nicht geben. Jede andere Position wäre trotz möglicher ökonomischer Vorteile der Anfang vom Ende der Europäischen Union.

Ja zu Freihandel. Ja zu TTIP. Freihandel schafft effiziente Märkte und fördert den Wohlstand. Daher bleibt es für uns dabei: TTIP muss kommen. Wir haben die Chance, mit TTIP den weltweit größten Wirtschaftsraum zu schaffen, der dies- und jenseits des Atlantiks Arbeitsplätze und Wachstum schaffen wird. Darüber hinaus hat die EU bereits mit rund dreißig weiteren Staaten Freihandelsabkommen abgeschlossen und steht mit vielen Ländern in Verhandlungen. Wir unterstützen diesen Kurs und fordern die EU auf, auch in den Verhandlungen beispielsweise mit Japan und Indien zügig zu handeln und vor allem CETA zum Abschluss zu bringen.

Wirtschafts- und Währungspolitik

Der europäische Binnenmarkt ist und bleibt einer der größten Erfolge der EU. Der europäische Binnenmarkt ist ein Garant für Wachstum und Beschäftigung in Baden-Württemberg. Denn besonders Baden-Württemberg als exportstarkes Land im Herzen Europas profitiert wie kaum eine andere europäische Region von den vier Grundfreiheiten von Waren, Kapital, Personen und Dienstleistungen. Während Warenverkehrs- und Kapitalverkehrsfreiheit sowie die Personenfreizügigkeit weitgehend umgesetzt sind, bietet die Vollendung des Binnenmarkts für Dienstleistungen noch erhebliches Wachstumspotenzial für Europas Volkswirtschaften. Die Junge Union Baden-Württemberg fordert daher, den europäischen Binnenmarkt weiter zu vertiefen und insbesondere den Binnenmarkt für Dienstleistungen endlich zu vollenden. Im Gegensatz zu weiteren Konjunkturprogrammen und Wachstum auf Pump kann eine Vertiefung und echte Vollendung des Binnenmarktes nachhaltig Wachstum und Beschäftigung in Europa sichern.

Die Währungsunion zu einer echten Stabilitätsunion machen. Baden-Württemberg profitiert von der gemeinsamen Währung. Die Junge Union Baden-Württemberg steht daher zum Euro. Die

Staatsschuldenkrise hat jedoch die Konstruktionsfehler der Währungsunion offen gelegt. Die Währungsunion kann nur dann ein Erfolgsprojekt bleiben, wenn wir wieder sicherstellen, dass sie nicht zu einer Transferunion verkommt und Staaten, die gegen die gemeinsamen Stabilitätsregeln verstoßen, auch die Verantwortung für ihr Handeln selbst tragen müssen. Das Ausscheiden eines Landes aus der Eurozone darf daher kein Tabu mehr sein. Wir fordern deshalb die Schaffung einer Insolvenzordnung für Staaten der Eurozone, die eine geregelte Insolvenz und ein geregeltes Ausscheiden aus dem Euro ermöglicht. Forderungen nach einer europäischen Wirtschaftsregierung mit europäischem Finanzminister und einer Vergemeinschaftung weiterer fiskalrelevanter Politikbereiche wie etwa der Sozialpolitik erteilen wir eine klare Absage. In Anlehnung an die ordnungspolitischen Grundsätze der sozialen Marktwirtschaft gilt für uns daher der Grundsatz: Wirtschaftsverfassung statt Wirtschaftsregierung: Ein klarer Regelrahmen, dessen Einhaltung nicht durch Souveränitätsverzicht, sondern durch Selbstdisziplin, durch Eigenverantwortung und Haftung der Mitgliedsstaaten sichergestellt wird.

Haftung und Kontrolle in Europas Bankensektor wieder zusammenführen – keine Vergemeinschaftung der Einlagensicherung! Um den Gleichklang zwischen Haftung und Kontrolle in der Wirtschafts- und Währungsunion wieder sicherzustellen, begrüßt die JU Baden-Württemberg die Schaffung der europäischen Bankenunion und einer gemeinsamen europäischen Aufsicht über systemrelevante Banken sowie ein gemeinsames Abwicklungsregime, um eine weitere Übertragung von Risiken im Bankensektor auf die öffentlichen Haushalte zu vermeiden. Sinn und Zweck der Bankenunion ist es jedoch, Haftung und Kontrolle zusammenzuführen und nicht weiter auseinanderlaufen zu lassen. Eine Vergemeinschaftung der Einlagensicherung zum jetzigen Zeitpunkt wäre daher ein Schritt in die falsche Richtung und würde diejenigen Institute und Länder bestrafen, die bereits heute verantwortlich Einlagen absichern.

Glaubwürdigkeit der Geldpolitik erhalten: Strikte Trennung von Geld- und Fiskalpolitik! Die JU Baden-Württemberg steht hinter dem Grundsatz der Unabhängigkeit der Zentralbanken, sowohl in Bezug auf die Europäische Zentralbank (EZB) als auch auf die nationalen Zentralbanken. Neben dem Grundsatz der Unabhängigkeit hat auch der Grundsatz der strikten Trennung zwischen Geld- und Fiskalpolitik höchste Priorität. Die gegenwärtige Staatsfinanzierung durch die EZB muss aufhören; Dieser Grundsatz muss gerade in wirtschaftspolitisch schwierigen Zeiten gelten. Die Ansiedlung der gemeinsamen Bankenaufsicht bei der EZB und eine damit mögliche Beeinflussung der Geldpolitik durch fiskalpolitische Interessen sieht die JU Baden-Württemberg daher kritisch und fordert die Ausgliederung des Einheitlichen Bankenaufsichtsmechanismus (Single Supervisory Mechanism, SSM) in die Europäische Bankenaufsichtsbehörde (European Banking Authority, EBA) oder eine unabhängige Behörde für Aufsicht und Abwicklung der systemrelevanten europäischen Banken.

Internationale Krisen bewältigen, mehr Verantwortung übernehmen

Die Welt hat sich dramatisch verändert. Die bipolare Welt der Nachkriegszeit existiert nicht mehr so wie früher. Wir sehen uns heute einer immer unübersichtlicheren, multipolaren Welt gegenüber. Krisen und Konflikte sind in der globalisierten Welt von heute nicht mehr lokal oder regional begrenzt. Risiken und Bedrohungen rücken dadurch näher an uns heran.

Asyl- und Migrationspolitik

Asylrecht, Schutz von Flüchtlingen und Migrationspolitik sind strikt voneinander zu trennen.

Dies ist in den vergangenen Jahren nicht geschehen. Das Grundrecht auf Asyl hat klare Grenzen. Asyl genießt laut Art. 16a Grundgesetz nur, wer politisch verfolgt wird und nicht durch einen sicheren Drittstaat nach Deutschland gelangt ist. Auf der Grundlage unseres christlichen Menschenbildes wollen wir im Einklang mit der Genfer Flüchtlingskonvention aber auch solchen Menschen helfen, die vor Bürgerkrieg und schwerer Not fliehen. Dabei leiten uns die Worte von Bundespräsident Gauck: „Unser Herz ist weit. Aber unsere Möglichkeiten sind endlich“. Weder Asyl- noch Flüchtlingshilfe sind dabei mit Migrationspolitik gleichzusetzen. Einwanderung muss grundsätzlich klar definiert und klar geregelt werden.

Angesichts von über 50 Millionen Menschen, die weltweit auf der Flucht sind, ist offenkundig, dass nur ein kleiner Teil von ihnen Aufnahme in Europa finden kann. Wir müssen deshalb dafür sorgen, dass möglichst viele Menschen in ihren Heimatländern bleiben können und der Wanderungsdruck nach Europa wieder nachlässt. Für uns ist es selbstverständlich, dass Menschen, die vor Krieg in ihrem Heimatland fliehen, deren Leben bedroht ist, Hilfe gewährleistet werden muss. Da es sich bei Kriegen allerdings um eine temporäre Notsituation handelt, sollten sie diese Hilfe möglichst nah an ihrer Heimat erhalten. Damit diese Unterstützung gewährleistet werden kann, wollen wir in unmittelbarer Nähe zu den Konfliktregionen gesicherte Aufnahmezentren schaffen, in denen Menschen in Not Zuflucht und humanitäre Hilfe erhalten, bis sich der Konflikt in ihrer Heimat wieder beruhigt hat. Um die Sicherheit dieser Zentren gewährleisten zu können, bedarf es neben der finanziellen auch einer militärischen Unterstützung. Menschen, die über einen sicheren Drittstaat nach Deutschland gelangt sind, wollen wir in diese sicheren Zentren zurückführen.

Diejenigen, die ihr Heimatland aufgrund der dort herrschenden wirtschaftlichen Situation verlassen, haben kein Recht auf Asyl. Wir fordern daher, dass Wirtschaftsflüchtlinge konsequent und schnell in ihre Herkunftsländer zurückgeführt werden, da sie die Kapazitäten und finanziellen Mittel für anerkannte Flüchtlinge nur unnötig verringern. In diesem Zusammenhang erachten wir es als äußerst wichtig, dass deutlich gesagt wird: In Deutschland kann nur derjenige bleiben, dessen Leben in seinem Heimatland einer unmittelbaren Bedrohung ausgesetzt ist. Eine strikte Trennung

von Asyl-, Flüchtlings- und Migrationspolitik ist geboten. Ein emotional geprägter Alleingang Deutschlands wie im vergangenen Jahr darf sich nicht wiederholen.

FRONTEX muss gestärkt werden. Eine gemeinsame Sicherung der europäischen Außengrenzen ist zwingend erforderlich, um den Schengen-Raum langfristig nicht zu gefährden und eine effektive Terrorabwehr schon an den Grenzen durchführen zu können. Daher muss FRONTEX gestärkt werden, vor allem personell und materiell, aber auch eine Erweiterung des bisherigen Mandats muss in Erwägung gezogen werden. So kann die Sicherung der EU-Außengrenzen garantiert werden und ist nicht abhängig von Willen oder Nicht-Willen einzelner Mitglieder.

Entwicklungshilfe

Durch unsere wirtschaftliche Stärke steht Deutschland in einer größeren humanitären Verantwortung als andere. Dieser wollen wir durch eine bessere, effektivere und zielgerichtete Entwicklungshilfe gerecht werden. Bei der Bekämpfung der Fluchtursachen wird sich die deutsche Entwicklungspolitik daher noch viel stärker auf die Schaffung von Lebensperspektiven in den Krisenregionen der Welt konzentrieren müssen. Die betroffenen Länder müssen dabei unterstützt werden, ihre staatlichen Strukturen nachhaltig zu stabilisieren, Bildungs- und Gesundheitssysteme zu verbessern und Beschäftigung für die wachsende Zahl junger Menschen zu schaffen. Die dafür eingesetzten Mittel sind gut investiertes Geld und sollten deshalb auf das von den Vereinten Nationen vorgegebene Ziel von 0,7 % des Bruttonationaleinkommens erhöht werden. Ländern, die ihre Staatsangehörigen aus Deutschland nicht zurücknehmen, ist die Entwicklungshilfe zu streichen.

Außenpolitik

Deutschland muss wieder mehr Verantwortung übernehmen. Wir haben uns in den vergangenen Jahrzehnten wirtschaftlich zu einer der führenden Nationen der Welt entwickelt. Mit dieser wirtschaftlichen Stärke geht aus unserer Sicht auch eine größere Verantwortung einher. Wir wollen, dass Deutschland sich noch stärker als bisher auf internationaler Ebene für Frieden, Freiheit und Sicherheit engagiert. Wir begrüßen deshalb die Initiative der Bundesregierung, sich erneut für einen nichtständigen Sitz im Weltsicherheitsrat der Vereinten Nationen zu bewerben.

Bei der Beilegung internationaler Konflikte hat für uns Diplomatie oberste Priorität. Der Einsatz militärischer Mittel kann in Konflikten allerdings notwendig werden, um Recht und Ordnung aufrechtzuerhalten oder wiederherzustellen. Kampfeinsätze dürfen aber immer nur das allerletzte Mittel sein, wenn anders nicht ausreichend und wirksam gehandelt werden kann. Dabei ist zu beachten, dass Konflikte stets Ursachen haben, die mit militärischen Mitteln nicht beseitigt werden können.

Sicherheit und Verteidigung

Mehr deutsche Verantwortung in der Welt bedeutet für uns nicht automatisch eine Militarisierung unserer Außenpolitik. Wir stehen für Friedfertigkeit und Humanität. Aber wir wissen auch: Wer den Krieg verhindern will, muss immer mit der Möglichkeit des Krieges rechnen. Wir brauchen deshalb eine starke Bundeswehr, um unsere Verpflichtungen im Bündnis zu erfüllen und für den Schutz unseres Landes gerüstet zu sein. Die Krisen und Konflikte, die die Sicherheit unseres Landes und unserer Verbündeten bedrohen, erfordern einsatzbereite und leistungsfähige Streitkräfte. Aus diesem Grunde fordern wir eine deutliche Erhöhung des Verteidigungsetats, um die durch jahrzehntelangen haushalterischen Raubbau entstandenen Ausrüstungsmängel zu beheben. Zugleich muss die Bundeswehr aus unserer Sicht mit besonderem Nachdruck den Ausbau ihrer Cyber-Fähigkeiten vorantreiben.

Gemeinsame Verteidigung. Wir fordern die Einrichtung einer europäischen Armee. Um langfristig dieses Ziel zu erreichen, soll die Zusammenarbeit der Streitkräfte der Mitgliedsstaaten intensiviert werden. Dadurch kann der Frieden innerhalb Europas weiter gesichert und die Abschreckungswirkung nach außen gegen fremde Mächte erhöht sowie die Effizienz der Streitkräfte gesteigert werden.

Gemeinsam gegen Terror. Wir fordern einen besseren Daten- und Informationsaustausch der unterschiedlichen europäischen und nationalen Sicherheitsbehörden zur gemeinsamen Terrorismusbekämpfung. Zunächst müssen alle europaweiten Datenbanken zeitgleich abfragbar sein, dann müssen nationale Datenbanken integriert werden. Außerdem fordern wir eine Stärkung der Polizeibehörde Europol.